

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

ENDGÜLTIG
A5-0297/2001

13. September 2001

BERICHT

über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung der
mehrfährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des
Forschungsfonds für Kohle und Stahl
(KOM(2001) 121 – KOM(2000) 521 – C5-0167/2001 – 2000/0364(CNS))

Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Rolf Linkohr

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **I Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **II Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts
Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- *** Verfahren der Zustimmung
*Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in
Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des
EU-Vertrags genannt sind*
- ***I Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- ***II Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts
Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- ***III Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu einem Legislativtext

In den Änderungsanträgen werden Hervorhebungen in Fett- und Kursivdruck vorgenommen. Wenn Textteile mager und kursiv gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

	Seite
GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE.....	4
LEGISLATIVVORSCHLAG.....	5
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG.....	9
BEGRÜNDUNG	11
STELLUNGNAHME DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES	16

GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE

Mit Schreiben vom 18. April 2001 konsultierte der Rat das Europäische Parlament zu dem geänderten Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung der mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (KOM(2000) 521 – 2000/0364 (CNS)).

In der Sitzung vom 2. Mai 2001 gab die Präsidentin des Europäischen Parlaments bekannt, dass sie diesen Vorschlag an den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie als federführenden Ausschuss sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Haushaltskontrolle als mitberatende Ausschüsse überwiesen hat (C5-0167/2001).

Der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie hatte in seiner Sitzung vom 11. April 2001 Rolf Linkohr als Berichterstatter benannt.

Der Ausschuss prüfte den Vorschlag der Kommission und den Berichtsentwurf in seinen Sitzungen vom 10. Juli 2001, 27. August 2001 und 12. September 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm der Ausschuss den Entwurf einer legislativen Entschließung mit 31 Stimmen bei 5 Enthaltungen an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Carlos Westendorp y Cabeza, Vorsitzender; Nuala Ahern und Peter Michael Mombaur, stellvertretende Vorsitzende; Rolf Linkohr, Berichterstatter; Ward Beysen (in Vertretung von Nicholas Clegg), Guido Bodrato, Yves Butel, Gérard Caudron, Giles Bryan Chichester, Willy C.E.H., De Clercq, Concepció Ferrer, Francesco Fiori (in Vertretung von Renato Brunetta), Colette Flesch, Jacqueline Foster (in Vertretung von Angelika Niebler), Neena Gill (in Vertretung von Eryl Margaret McNally), Norbert Glante, Michel Hansenne, Malcolm Harbour (in Vertretung von Konrad K. Schwaiger), Roger Helmer, Hans Karlsson, Peter Liese (in Vertretung von Werner Langen), Caroline Lucas, Nelly Maes, Yves Piétrasanta, Samuli Pohjamo (in Vertretung von Elly Plooi-van Gorsel), John Purvis, Mechtild Rothe, Christian Foldberg Røvsing, Gilles Savary (in Vertretung von Erika Mann), Esko Olavi Seppänen, Claude Turmes (in Vertretung von Ilka Schröder), Jaime Valdivielso de Cué, Alejo Vidal-Quadras Roca, Dominique Vlasto, Anders Wijkman, Olga Zrihen Zaari.

Die Stellungnahme des Haushaltsausschusses ist diesem Bericht beigelegt; der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat am 29. Mai 2001 beschlossen, keine Stellungnahme abzugeben.

Der Bericht wurde am 13. September 2001 eingereicht.

Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen wird im Entwurf der Tagesordnung für die Tagung angegeben, auf der der Bericht geprüft wird.

LEGISLATIVVORSCHLAG

Geänderter Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung der mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (KOM(2001) 121 – KOM(2000) 521 – C5-0167/2001 – 2000/0364(CNS))

Der Vorschlag wird wie folgt geändert:

Vorschlag der Kommission¹

Änderungen des Parlaments

Änderungsantrag 1
Erwägung 1a (neu)

(1a) Die Einnahmen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl werden vollständig in den Haushalt einbezogen, indem eine Haushaltslinie auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Haushaltsspezifität und -neutralität geschaffen wird.

Begründung

Der Haushaltsausschuss sollte es nicht hinnehmen, dass das Parlament keinen Einfluss auf die Finanzverwaltung und die Verwendung der Mittel des Forschungsfonds für Kohle und Stahl hat. Der Grundsatz, Einnahmen für bestimmte Zwecke vorzusehen, reicht nicht aus, um die Haushaltsgrundsätze einzuhalten.

Änderungsantrag 2
Erwägung 1b (neu)

(1b) Die Einnahmen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl sollten alle Ausgaben abdecken, einschließlich der Verwaltungskosten in Verbindung mit der Kohle- und Stahlforschung.

Begründung

Der Haushaltsausschuss sollte den Vorschlag der Kommission ablehnen, der vorsieht, dass

¹ ABl. C 180 E vom 26.6.2001, S. 10-14

veranschlagte 3,5 Millionen € jährlich an Verwaltungskosten durch den Gesamthaushalt abgedeckt werden. Es ist schwer vorstellbar, wie das Parlament diesen zusätzlichen Kosten zustimmen könnte, die aus der Rubrik 5 gedeckt würden, ohne dass das Parlament Einfluss auf die Verwaltung und die Verwendung der Mittel im Rahmen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl hätte.

Änderungsantrag 3
Erwägung 1c (neu)

(1c) Die Kommission legt in dem Begleitdokument zum Haushaltsvorentwurf einen jährlichen Bericht über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl und über die Rolle der Sachverständigengruppe Kohle und Stahl vor, um die Übersichtlichkeit und Transparenz der entsprechenden Maßnahmen zu gewährleisten.

Begründung

Aufgrund der Begründungen zu den Änderungsanträgen 1 und 2 muss die Finanzverwaltung des Forschungsfonds für Kohle und Stahl von der Kommission verdeutlicht werden.

Änderungsantrag 4
Erwägung 2a (neu)

(2a) Verschiedene der Tätigkeiten, die gegenwärtig nicht in den Post-EGKS-Vorkehrungen enthalten sind (d.h. Sozial- und Anpassungsbeihilfen, Aktionen im Bereich der regionalen Entwicklung, Umweltschutz- und Übergangsmaßnahmen in den Sektoren Kohle und Stahl) werden aus dem Gesamthaushalt finanziert.

Begründung

Das Parlament fordert seit langem, dass alle Aspekte des Kohle- und Stahlsektors (sozial, wirtschaftlich und umweltpolitisch) berücksichtigt und in den Gesamthaushalt nach Auslaufen

des EGKS-Vertrags einbezogen werden sollten.¹ Folglich sollte das Parlament dafür sorgen, dass diesen Forderungen bei den Rechtsakten, die die Vorkehrungen für die Zeit nach Auslaufen des EGKS-Vertrags betreffen, nachgekommen wird.

Änderungsantrag 5
Erwägung 2b (neu)

(2b) Der Forschungsfond für Kohle und Stahl gibt der Entwicklung sauberer Technologien und der Senkung der Schadstoffemissionen Vorrang.

Begründung

Der Forschungsfond für Kohle und Stahl sollte einen Schwerpunkt auf Umweltaspekte legen, um saubere Technologien zu entwickeln und die Emissionen zu senken.

Änderungsantrag 6
Erwägung 3

(3) Diese Entscheidung wahrt **die** Grundrechte und die Prinzipien, die von der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt werden, als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts –

.(3) Diese Entscheidung wahrt **sämtliche** Grundrechte und die Prinzipien, die von der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt werden, als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts –

Begründung

Das Europäische Parlament betont ausdrücklich, dass sich sämtliche Grundrechte und Prinzipien, die von der Charta der Grundrechte der EU anerkannt werden, als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts auch in dem Forschungsfonds wiederfinden müssen.

Änderungsantrag 7
Artikel 1

1. Die im Anhang aufgeführten mehrjährigen technischen Leitlinien für das

1. Die im Anhang aufgeführten mehrjährigen technischen Leitlinien für das

¹ Siehe Ziffer 2 der Entschließung A3-0223/94 zur Zukunft des EGKS-Vertrags: haushaltsmäßige und finanzielle Auswirkungen (ABl. C 128 vom 9.5.1994, S. 368), Ziffern 2 und 16 der Entschließung A4-0302/96 zur Einbeziehung der EGKS in den Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. C 362 vom 2.12.1996, S. 327) und Ziffer 8 der Entschließung A5-0251/2000 zum Entwurf des EGKS-Funktionshaushaltsplans für 2001.

Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (nachstehend als „technische Leitlinien“ bezeichnet) werden erlassen.

Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (nachstehend als „technische Leitlinien“ bezeichnet) werden **im Mitentscheidungsverfahren gemäß Artikel 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft erlassen.**

Begründung

Es ist schwer erkennbar, wie das Parlament dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl Entlastung geben könnte, wenn es keinen Einfluss auf seine Finanzverwaltung hat. Die einzige Möglichkeit, diese Anomalie zu korrigieren, wäre die Einbeziehung dieses Rechtsaktes in das Mitentscheidungsverfahren, wodurch das Parlament gleichberechtigt mit dem Rat über die mehrjährigen Leitlinien entscheiden könnte.

Änderungsantrag 8
Erwägung 2a (neu)

Bis zum 24. Juli 2004 legt die Kommission einen Vorschlag vor, wonach der Forschungsfonds für Kohle und Stahl aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgestockt werden kann und weitere Forschungsthemen bearbeitet werden können.

Änderungsantrag 9
Erwägung 2b (neu)

Die Kommission setzt eine Expertengruppe unter Beteiligung des Europäischen Parlaments ein, die Vorschläge für eine europäische Forschungsstiftung ausarbeitet.

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem geänderten Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung der mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (KOM(2001) 121 –KOM(2000) 521 – C5-0167/2001 – 2000/0364(CNS))

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags¹ und des geänderten Vorschlags² der Kommission an den Rat (KOM(2000) 521 und KOM(2001) 121),
 - vom Rat konsultiert (C5-0167/2001),
 - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A5-0297/2001),
1. billigt den so geänderten Vorschlag der Kommission;
 2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
 3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
 4. verlangt die Eröffnung des Konzertierungsverfahrens, falls der Rat beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
 5. verlangt, erneut konsultiert zu werden, falls der Rat beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
 6. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

¹ ABl. C 29 vom 30.1.2000, S. 254.

² ABl. C 180 E vom 26.6.2001, S. 10-14

BEGRÜNDUNG

Am 23. Juli 1952 trat der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Kraft. Da er nach Artikel 97 eine Laufzeit von 50 Jahren hat, endet seine Gültigkeit am 23. Juli 2002. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, was ihm folgt. **Vor allem geht es um die Zukunft der Forschung, die bislang vom EGKS-Vertrag verantwortet wurde.**

Die historische Bedeutung dieses Vertrags kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ein kurzer Rückblick möge dies unterstreichen.

Der EGKS-Vertrag, am 18. April 1951 von den Gründerstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande unterzeichnet, ist ein Meilenstein in der Europäischen Geschichte. Er wurde vom damaligen französischen Außenminister, nach Vorarbeit von Jean Monnet, am 9. Mai 1950 auf der Konferenz in Paris vorgelegt, weshalb er auch Pariser Vertrag heißt. "Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird...", so Robert Schuman, der seinen Plan "die erste Etappe der europäischen Föderation" nannte. Der Schuman-Plan erlaubte der Bundesrepublik Deutschland, gleichberechtigt am europäischen Einigungswerk mitzuarbeiten. Der EGKS-Vertrag steht damit am Anfang des europäischen Einigungswerks und der 9. Mai wurde zum europäischen Feiertag.

Schuman hat durch die Geschichte der letzten 50 Jahre Recht bekommen. Seine und Monnets Ideen wirken auch über den EGKS-Vertrag hinaus. Deshalb ist das Ende dieses Vertrags nicht das Ende der europäischen Einigung. Im Gegenteil, aus heutiger Sicht macht es Sinn, die Sektoren Kohle und Stahl in das allgemeine Vertragswerk zu integrieren, wie die Kommission vorgeschlagen hat.

Hingegen soll die Forschungstätigkeit fortgesetzt werden. Man könnte auch sagen, der EGKS-Vertrag soll eine Nachfolge unter anderem Namen erfahren. Gelänge dies, so würde uns Schumans Idee noch helfen, Europa das Fenster in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu öffnen.

Im Prinzip sind sich Rat, Kommission und Parlament über die Richtung einig. Die Frage ist nur, welchen Weg wir dabei beschreiten wollen.

Der Vorschlag der Kommission

Seit Jahren wird überlegt, in welcher Weise die verbleibenden Mittel aus dem Haushalt des EGKS-Vertrags für einen Forschungsfonds genutzt werden können. 1997 legte die Kommission ein globales Konzept vor, das der Rat in seinen Entschlüssen vom 20. Juli 1998 und 21. Juni 1999 billigte. Es sieht folgende Konstruktion vor:

- Rechtsnachfolger sollen die übrigen Gemeinschaften werden.
- Die Verwaltung des Aktiv- und Passivvermögens in Höhe von schätzungsweise 1,6 Mrd. Euro soll die Kommission übernehmen.

- Alle Nettoeinnahmen aus der Verwaltung des EGKS-Vermögens (ca. 45 Mio. Euro pro Jahr, bei einer Ertragshypothese von 4% bei kurzfristigen und 5,5% bei mittelfristigen und langfristigen Anlagen) soll für Forschungsvorhaben in den mit der Kohle- und Stahlindustrie verbundenen Bereichen außerhalb des Rahmenprogramms, jedoch in Ergänzung dazu, verwendet werden.
- Der Finanzmechanismus soll auf unbestimmte Zeit eingerichtet werden.
- Die Kommission verwaltet das Vermögen im Hinblick auf langfristige Rentabilität unter Zugrundelegung von mehrjährigen Leitlinien, die der Rat auf Vorschlag der Kommission verabschiedet. Die Verwaltung des Vermögens sollte auf den größtmöglichen Ertrag, der mit sicheren Anlagen erzielt werden kann, abzielen.
- Die Kommission hat die Kosten für die Verwaltung des Vermögens bzw. des Fonds (schätzungsweise 3,5 Mio. Euro pro Jahr) aus dem Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften zu finanzieren.
- Für jede Änderung der Zweckbestimmung der Vermögenswerte ist ein einstimmiger Beschluss der Mitgliedstaaten nötig.

Die Mitgliedstaaten haben bereits Leitlinien für die Verwaltung und die Finanzierung der Forschungstätigkeiten festgelegt. Sie sind in der Mitteilung KOM (2000) 518 im Einzelnen erläutert

In derselben Mitteilung macht die Kommission Vorschläge zur Finanz- und Forschungstätigkeit nach Ablauf der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und legt den Entwurf eines Rahmenbeschlusses vor. Da die Mitgliedstaaten Eigentümer des EGKS-Vermögens sind, müssen zuerst einmal sie über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-Vertrags entscheiden. Diesem Zweck dient der Entwurf für eine Entscheidung der Mitgliedstaaten **KOM(2000) 519**.

Nach diesem Vorschlag soll das EGKS-Vermögen am sinnvollsten zugunsten der Forschung im Kohle- und Stahlsektor eingesetzt werden. Die Kommission schlägt vor, das Verhältnis, wie die Forschungsmittel auf die beiden Sektoren umgelegt werden, mit 27,2% für Kohle und 72,8% für Stahl zu bestimmen. Bei der Umschreibung des Vermögens auf die EG muss der ausschließliche Verwendungszweck festgelegt werden. Die Eigentumsrechte an den sonstigen Guthaben der EGKS müssen im Einzelnen noch festgelegt werden. Das Vermögen kann sich um Beiträge, insbesondere künftiger neuer Mitgliedstaaten, erhöhen.

Ansonsten geht es in dem Entscheidungsentwurf um Abwicklungsoperationen (Haushaltsordnung etc.). Der Rat soll auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Parlaments mit qualifizierter Mehrheit die mehrjährigen technischen Leitlinien für die Forschungsprogramme erlassen. Die Verwaltungsausgaben für die "EGKS in Liquidation" soll zu Lasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften gehen.

In der Folge müssen die Finanzleitlinien und die technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm vom Rat beschlossen werden.

Hauptbestandteile der vorgeschlagenen Finanzleitlinien **KOM (2000) 520** sind:

- Es werden die Transaktionen beschrieben, die die Kommission vornehmen darf.
- Höchstbeträge für verschiedene Anlagearten werden festgesetzt, um das Risiko möglichst gering zu halten.
- Es werden Vorschläge für Haushalts- und Buchführungsverfahren gemacht (Vermögensanlage, Anlagearten, Höchstbeträge, Übertragung auf den EU-Haushaltsplan, Rechnungslegung).
- Es wird auf die von der Kommission zugrunde gelegten internen Regeln eingegangen .
- Und es wird auf erfolgreiche Überprüfungen hingewiesen, aus denen sich gegebenenfalls Anpassungen ergeben können

Alles in allem soll festgeschrieben werden, dass die Mittel für die verbleibenden Verbindlichkeiten der EGKS und zur Finanzierung der Forschung in der Kohle- und Stahlindustrie verwendet werden.

Gegenstände der technischen Leitlinien **KOM (2000) 521** sind:

- Die Begriffe "Kohle und Stahl" werden definiert. Außerdem werden Umfang und wichtige Grundsätze des Programms bestimmt.
- Projektarten (Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsprojekte sowie Begleitmaßnahmen) und die zulässige Beteiligung werden beschrieben.
- Verwaltung und Bewertung des Programms werden festgelegt.
- Ebenso wird festgelegt, wie das Programm durchgeführt wird, also wie die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen erfolgen soll und wie die Vorschläge bewertet und ausgewählt werden sollen. Geregelt wird auch die Rolle der Beratungsgremien, jeweils eines für Kohle und Stahl, sowie die Aufgabe der Sachverständigengruppe, die bei der Mittelzuweisung und den Leitlinien berät.
- Für die Jahre 2002-2007 werden wissenschaftliche, technische und sozioökonomische Prioritäten festgelegt.
- Die Forschungstätigkeiten sollen das Rahmenprogramm unterstützen. Nach 5 Jahren sollen die Leitlinien überprüft werden.

Mit diesem Programm soll die Wettbewerbsfähigkeit der gemeinschaftlichen Kohle- und Stahlindustrie gefördert werden. Es sollen neue Produkte entwickelt werden, die Produktionsabläufe verbessert werden sowie Verbesserungen beim Umweltschutz und bei der Sicherheit am Arbeitsplatz erreicht werden.

Auf all diese Entscheidungen hat das Europäische Parlament keinen Einfluss. Zu den Finanzleitlinien und den technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm wird das Parlament wenigstens konsultiert. Bei der Entscheidung der Mitgliedstaaten ist die Meinung des Parlaments nicht einmal gefragt.

Bewertung

1. Es ist gewiss sinnvoll, die Forschungstätigkeit des EGKS-Vertrags über dessen Gültigkeitsdauer hinaus zu verlängern. Dass sich Kommission und Rat auf dieses Prinzip verständigt haben, verdient Unterstützung. Das Europäische Parlament hat in mehreren Entschlüssen auf die Sinnhaftigkeit eines solchen Konzepts hingewiesen. Soweit ist der Vorschlag in Ordnung.

2. Man kann darüber streiten, ob nicht auch die **sozialpolitischen Maßnahmen des EGKS-Vertrags** eine Verlängerung verdient hätten, nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung der EU. Immerhin wurden zwischen 1976 und 1989, um eine Zahl zu nennen, nicht rückzahlungspflichtige Anpassungshilfen für 660000 Arbeiter im Kohle- und Stahlsektor gewährt. Dazu gehörten Umschulungen, Vorruhestands-, Überbrückungsgelder, Förderung der Mobilität, der Bau von 200000 Sozialwohnungen etc. Für eine Reihe von beitragswilligen Staaten mit einer ausgeprägten Kohle- und Stahlindustrie wie Polen, Tschechien, Ungarn etc. wäre eine Verlängerung der sozialpolitischen Maßnahmen des EGKS-Vertrags eine willkommene Hilfe. Dass die Sozialpolitik in dem Moment wegfällt, wenn neue Staaten in die EU aufgenommen werden, ist für die Neuen bitter. Doch die Entscheidung scheint gefallen zu sein, die verbleibenden Mittel auf die Forschung zu konzentrieren. So wie die Dinge liegen, scheint es müßig zu sein, diesen Beschluss zu revidieren. Trotzdem, **der Wegfall der sozialpolitischen Komponente verdient Kritik.**

3. **Kritik verdient aber auch, dass das Europäische Parlament keine Mitentscheidung in dieser Frage hat.** Gewiss, aus der Logik des EGKS-Vertrags folgt, dass das Parlament gerade einmal konsultiert wird. Doch sei daran erinnert, dass der EGKS-Vertrag aus den frühen 50er Jahren stammt, als an eine Parlamentarisierung des europäischen Einigungswerks nicht zu denken war. Doch heute leben wir am Beginn des 21. Jahrhunderts mit einer Europäischen Union, die sich als demokratische Gemeinschaft versteht und sich auf eine Verfassung hin bewegt, innerhalb deren das Europäische Parlament zusammen mit dem Rat Gesetzgeber ist. Ohnehin ist das Europäische Parlament bereits heute in vielen Bereichen gleichberechtigter Gesetzgeber. Der Vorschlag der Kommission, der dem Parlament bei der künftigen Kohle- und Stahlforschung, ähnlich wie im Falle von EURATOM, eine Beobachterrolle zuweist, stammt deshalb aus der **vordemokratischen Steinzeit**. So wird zementiert, dass das Europäische Parlament weder im Nuklearforschungsprogramm noch bei Kohle und Stahl ein Mitspracherecht hat. Das Parlament darf sich diese Zuschauerrolle nicht gefallen lassen.

Das Abseits des Europäischen Parlaments ist umso kritikwürdiger, als auch die nationalen Parlamente kein Mitspracherecht haben werden. So ist der Vorschlag der Kommission ein Beispiel dafür, wie Teile der Politik in Europa den Parlamenten entzogen werden, um in die ausschließliche Verfügung der Exekutive, sprich des Rates und der Kommission, zu fallen.

Fragwürdig an dem Kommissionsvorschlag ist auch, dass die Verwaltungsausgaben für den Forschungsfonds zu Lasten des Gesamthaushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen sollen, über den das Parlament als Teil der Haushaltsbehörde mitbestimmt, während das Parlament bei der Festlegung von dessen Leitlinien keine Mitsprache hat.

Das Europäische Parlament muss deshalb verlangen, dass es über den künftigen Forschungsfonds gleichberechtigt mit dem Rat bestimmt!

4. Auch die forschungspolitische Seite des Vorschlags verdient eine kritische Betrachtung. Abgesehen davon, dass der Vorschlag der Kommission eine ähnlich schwerfällige Bearbeitung der Forschungsprojekte wie im Rahmenprogramm erahnen lässt, ist aus forschungspolitischer Sicht nicht einzusehen, warum Kohle und Stahl weiterhin anders behandelt werden sollen als Öl und Keramik, um im Bild zu bleiben. Niemand käme auf die Idee, einen Forschungsfonds für Kohle und Stahl zu schaffen, wenn es nicht die Geschichte des EGKS-Vertrags gäbe. Die Kohle- und Stahlforschung würde keinen Schaden erleiden, wenn sie wie andere Tätigkeiten voll in das Rahmenprogramm eingefügt wäre. Der Vorschlag, einen eigenen Fonds zu gründen, folgt also nicht der Logik der Forschung, sondern den Zwängen der Rechtslage.

Nun könnte man argumentieren, das sei wohl richtig, aber unabänderlich. Doch dem kann man entgegenhalten, dass im Gegensatz zu den Naturgesetzen die Politik Freiräume hat, die sie nutzen kann oder auch nicht. In diesem Fall wollen weder Rat noch Kommission sie nutzen.

5. **Es gibt durchaus Alternativen.** Denkbar wäre zum Beispiel, dem Fondsgedanken eine Abfuhr zu erteilen und die Rücklagen aus dem EGKS-Haushalt in den allgemeinen Haushalt einzustellen, mit der Auflage, damit innerhalb des Forschungsrahmenprogramms die Kohle- und Stahlforschung zu finanzieren. Dabei ginge kein Geld verloren, doch die Systematik des europäischen Forschungsraums gewänne an Klarheit.

Eine andere Möglichkeit, der der Berichterstatter eher zuneigt, wäre die Schaffung eines zweiten Standbeins der europäischen Forschung. Ausgehend von dem vorgeschlagenen Fondsmodell könnte eine **europäische Forschungstiftung** geschaffen werden, die selbständig neben dem Forschungsrahmenprogramm steht. Am Beginn könnte – um der momentanen Stimmung in Rat und Kommission Rechnung zu tragen – ein Modell stehen, das dem Kommissionsvorschlag ähnlich ist.

Es sollte aber eine **Öffnungsklausel** enthalten, so dass es im Laufe der Zeit auf andere Bereiche als Kohle und Stahl ausgeweitet werden kann, vorausgesetzt, die Mittel des Fonds werden durch Zuschüsse oder Schenkungen erhöht.

Für diesen Vorschlag sprechen eine Reihe von Gründen.

Zum einen ist zu erwarten, dass wir uns in einer Reihe von Forschungsbereichen ein schärferes Profil geben müssen. Dazu gehört die Beschäftigung mit neuen Epidemien, mit Aids, Tropenkrankheiten, etc., aber auch mit der Alterung der Menschen. Mit anderen Worten, die Gesundheitsforschung muss in Zukunft einen größeren Raum einnehmen. Sie ist weitgehend Grundlagenforschung, die den finanziellen Rahmen des Forschungsrahmenprogramms voraussichtlich sprengt, es sei denn, das bisherige Programm wird wesentlich erhöht, was aber derzeit niemand erwartet. Ein anderer Bereich wäre beispielsweise die Materialforschung.

So bietet sich eine Forschungstiftung an, in die Privatleute einzahlen können, in die aber auch öffentliche Gelder fließen können. Eine solche Einrichtung ist umso erfolgreicher beim

Sammeln von Geld, je besser ihre Forschung ist. Doch um gut zu sein, muss sie weitgehend **von bürokratischen Lasten befreit** werden. Mit anderen Worten, sie muss selbstständig wirken, ohne den Verwaltungsballast, den die europäischen Institutionen vorschreiben.

Vorbilder gibt es dafür eigentlich nicht, sieht man einmal von den verschiedenen nationalen Wissenschaftsstiftungen ab. Erschwerend kommt hinzu, dass es keine europäische Rechtsform gibt, in der eine solche Stiftung untergebracht werden könnte. Doch gerade weil wir ohne Vorbilder arbeiten müssen (nebenbei, Jean Monnet hatte auch kein Vorbild für den Schuman-Plan), haben wir auch Spielraum für phantasievolle Neuschöpfungen. Die Kommission sollte deshalb eine kleine Gruppe von Experten beauftragen, ein oder mehrere Modelle für eine europäische Forschungsstiftung auszuarbeiten, über die dann Rat und Parlament entscheiden.

Der Vorteil einer unabhängigen Stiftung gegenüber dem Forschungsrahmenprogramm liegt aber auch darin, dass die Stiftung im Prinzip rasch und unbürokratisch entscheiden kann, wer wie viele Gelder bekommt. Relevanz und Qualität müssen die Forschungsarbeit bestimmen, nicht die buchhalterische Abwicklung. Denn wenn Buchhalter etwas für richtig halten, muss es aus Forschungssicht nicht auch richtig sein. Zeit und Fingerspitzengefühl, aber auch Fortune und Zufall sind in der Forschung, vor allem der Grundlagenforschung, wichtiger als eine perfekte und damit aufwändige Verwaltung.

Ein zweites Forschungsinstrument hilft uns auch bei der Erweiterung der Union. 25 oder 30 Staaten forschungspolitisch von Brüssel aus zu verwalten wird schwierig. Die Kommission ist um diese Aufgabe nicht zu beneiden. Hätten wir neben dem Forschungsrahmenprogramm ein zweites Standbein in Form der erwähnten Forschungsstiftung, könnte Europa wesentlich flexibler und wirkungsvoller auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts antworten. Europa könnte tatsächlich zum dynamischsten Forschungsraum der Welt werden.

Vorschlag

Das Europäische Parlament sollte den vorliegenden Vorschlag, zu dem es nur konsultiert wird, unter drei Bedingungen akzeptieren:

- a) Das Parlament muss dem Rat gleichgestellt werden, das heißt, es muss bei der Beschlussfassung mitbestimmen können.
- b) Der Vorschlag sollte eine Öffnungsklausel enthalten, wonach eine spätere Umwandlung in eine europäische Forschungsstiftung möglich ist, die sich auch anderer Themen als ausschließlich Kohle und Stahl annimmt. Dazu soll ein neuer Artikel 8a in den Text (Entscheidung der Vertreter der Regierungen über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags (KOM(2000) 519)) eingeführt werden, der folgenden Wortlaut hat: „Bis zum 24. Juli 2004 legt die Kommission einen Vorschlag vor, wonach der Forschungsfonds für Kohle und Stahl aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgestockt werden kann und weitere Forschungsthemen bearbeitet werden können.“
- c) Die Kommission setzt eine Expertengruppe unter Beteiligung des Europäischen Parlaments ein, die Vorschläge für eine europäische Forschungsstiftung ausarbeitet.

STELLUNGNAHME DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

für den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

zu dem geänderten Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung der mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl

(KOM(2001) 121 – C5- 0167/2001 – 2000/0364(CNS))

(KOM(2001) 521)

Verfasser der Stellungnahme: Francesco Turchi

VERFAHREN

In seiner Sitzung vom 21./22. März 2001 benannte der Haushaltsausschuss Francesco Turchi als Verfasser der Stellungnahme.

Der Ausschuss prüfte den Entwurf einer Stellungnahme in seiner Sitzung vom 28. Mai 2001.

In dieser Sitzung nahm er die nachstehenden Änderungsanträge einstimmig bei 2 Enthaltungen an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Reimer Böge, stellvertretender Vorsitzender; Francesco Turchi, Verfasser der Stellungnahme; Herbert Bösch (in Vertretung von Catherine Guy-Quint gemäß Artikel 153 Absatz 2 der Geschäftsordnung), Kathalijne Maria Buitenweg, Joan Colom i Naval, Carlos Costa Neves, Den Dover, Göran Färm, Salvador Garriga Polledo, Neena Gill, Jutta D. Haug, Ulpu Iivari (in Vertretung von Paulo Casaca), Anne Elisabet Jensen, Ioannis Soulidakis (in Vertretung von Bárbara Dührkop Dührkop), Kyösti Tapio Virrankoski, Ralf Walter und Brigitte Wenzel-Perillo.

KURZE BEGRÜNDUNG

1. Hintergrund

Nach der Annahme des Protokolls von Nizza, das die Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines besonderen Fonds für die Kohle- und Stahlforschung schafft, wenn der EGKS-Vertrag im Juli 2002 ausläuft, hat die Kommission einen geänderten Vorschlag zur Festlegung der mehrjährigen technischen Leitlinien für die künftigen Forschungstätigkeiten, die aus dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl finanziert werden, vorgelegt. Dieser Vorschlag ist Teil des umfassenden legislativen Pakets für die Vorkehrungen nach dem Auslaufen des EGKS-Vertrags.

Das Parlament hat jetzt ein Schreiben des Rates erhalten, in dem es zu den von der Kommission vorgelegten Legislativvorschlägen konsultiert wird. Der Rat fordert das Parlament auf, seine Auffassung zu diesem Paket darzulegen, damit die Stellungnahme des Parlaments vor Ratifizierung des neuen Vertrags berücksichtigt werden kann. Der wichtigste Zweck besteht darin, Zeit zu sparen, damit alle Beteiligten sich geäußert haben, bevor der Rat eine Entscheidung über die Maßnahmen nach dem Auslaufen des EGKS-Vertrags trifft.¹

Die mehrjährigen technischen Leitlinien für den künftigen Forschungsfonds für Kohle und Stahl sind im Anhang des Vorschlags der Kommission beschrieben. Sie legen den Geltungsbereich und die wichtigsten Grundsätze der künftigen Programme fest. Sie beschreiben außerdem, wer sich an den Programmen beteiligen kann sowie die Art der zulässigen Projekte (Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsprojekte) und auch die Begleitmaßnahmen. Außerdem legen sie die Verfahren für die Verwaltung und die Bewertung der Programme fest.

Die Leitlinien beziehen sich auf die Durchführung des Programms, u.a. auf die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und auf die Vorkehrungen für die Bewertung und Auswahl der Vorschläge. Sie behandeln außerdem die Rolle der beratenden Gremien im Kohle- und Stahlsektor und der Sachverständigengruppe, die die Kommission bei den Mittelzuweisungen und in Verbindung mit den Leitlinien selbst berät.

Die Leitlinien setzen wissenschaftlich-technische und sozioökonomische Prioritäten für den Zeitraum 2002 – 2007. Sie legen fest, dass die aus dem neuen Fond finanzierten Forschungsmaßnahmen die im Rahmen des F&E-Rahmenprogramms durchgeführten Maßnahmen unterstützen. Die Leitlinien werden alle fünf Jahre überprüft.

2. Anmerkungen zu den finanziellen Aspekten

Der Berichterstatter kritisiert den generellen Ansatz des Vorschlags. Die Kommission schlägt vor, der selben Logik wie bei dem EGKS-Vertrag zu folgen und dem Parlament nur konsultative Befugnisse einzuräumen. Dadurch hätte das Parlament weder Einfluss auf die mehrjährigen Leitlinien noch auf die finanzielle Verwaltung des neuen Fonds. Der Berichterstatter hält ein solches Konzept für absolut überholt. Außerdem erscheint dieses Konzept widersprüchlich angesichts der Tatsache, dass die Verwaltungsausgaben (veranschlagt auf 3,5 Millionen € jährlich) aus der Rubrik 5 der Finanziellen Vorausschau abgedeckt würden.

Es ist schwer erkennbar, wie das Parlament eine solche passive Rolle akzeptieren könnte, denn sie wäre mit den heutigen Anforderungen der politischen Rechenschaftspflicht unvereinbar. Außerdem ist es kaum vorstellbar, dass das Parlament Entlastung für Maßnahmen gewähren könnte, die es in keiner Weise kontrollieren kann. Zur Beseitigung dieser Anomalie sollte das Parlament fordern, dass der Forschungsfond für Kohle und Stahl in das Mitentscheidungsverfahren einbezogen wird. Der Fonds sollte vorrangig dafür eingesetzt werden, Forschungsarbeiten im Bereich Kohle und Stahl in europäischen Universitäten und Forschungszentren mitzufinanzieren.

¹ Schreiben vom 18. April 2001

Außerdem schlägt der Berichterstatter die vollständige Einbeziehung der jährlichen Einnahmen aus dem EGKS-Vermögen in den Haushalt vor, um die Vorschriften der Interinstitutionellen Vereinbarung und der Haushaltsordnung einzuhalten. Dies könnte durch Schaffung einer besonderen Haushaltslinie auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts erfolgen, unter Anwendung der Grundsätze der Spezifität und Neutralität des Haushalts. Die Mittel sollten sich auf alle Ausgaben beziehen, einschließlich der Verwaltungskosten der aus dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl finanzierten Forschungsmaßnahmen.

Der Berichterstatter ist außerdem der Ansicht, dass die Finanzverwaltung der Vermögenswerte des Forschungsfonds für Kohle und Stahl einer weiteren Verdeutlichung bedarf. Die Rolle der Sachverständigengruppe Kohle und Stahl bei der Zuteilung der Mittel sollte eindeutig definiert sein, um Übersichtlichkeit und Transparenz bei den finanzierten Maßnahmen zu gewährleisten.

3. Sonstige Anmerkungen

Der Berichterstatter ist mit dem Konzept der Kommission einverstanden, die Forschungsmaßnahmen der EGKS über das Auslaufen des Vertrags hinaus fortzuführen. Er kritisiert jedoch den Vorschlag, sozialpolitische Aspekte nicht länger zu berücksichtigen, wobei eine solche Berücksichtigung angesichts des wachsenden Bedarfs an Unterstützung nach der Erweiterung eigentlich noch dringlicher erscheint. Die einzige Rechtfertigung für dieses Vorgehen scheinen die für die post-EGKS-Tätigkeiten verfügbaren beschränkten Mittel zu sein (veranschlagt auf 45 Millionen € jährlich, ausgehend von einer Rendite von 4% für kurzfristige Investitionen und 5,5% für mittel- und langfristige Investitionen).

Der Berichterstatter schlägt vor, dass **verschiedene** der nicht vom Vorschlag der Kommission abgedeckten Tätigkeiten (d.h. Sozial- und Anpassungsmaßnahmen, Aktionen im Bereich der regionalen Entwicklung, Umweltschutz- und Übergangsmaßnahmen innerhalb der Sektoren Kohle und Stahl) vom Gesamthaushalt abgedeckt und aus den Strukturfonds, dem Life-Programm und den Programmen Tacis und Phare finanziert werden sollten.

Der Berichterstatter würde außerdem eine stärkere Betonung der Umweltaspekte begrüßen. Die Entwicklung sauberer Technologien und die Senkung von Schadstoffemissionen sollten einer der wichtigsten Prioritätsbereiche der Forschungsarbeiten, die im Rahmen der post-EGKS-Vorkehrungen finanziert werden, sein.

Die Kommission sollte schließlich für die Komplementarität und Synergie der aus dem Kohle- und Stahlfonds und dem F&E-Forschungsprogramm finanzierten Untersuchungen sorgen, indem Vertreter der GD Forschung und der Gemeinsamen Forschungsstelle in die Sachverständigen Kohle und Stahl einbezogen werden, die die Kommission bei der Verwaltung des Programms unterstützen soll.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht einzubeziehen:

Vorschlag der Kommission¹

Änderungen des Parlaments

Änderungsantrag 1
Erwägung 1a (neu)

***(1a) Die Einnahmen des
Forschungsfonds für Kohle und Stahl
werden vollständig in den Haushalt
einbezogen, indem eine Haushaltslinie
auf der Einnahmen- und Ausgabenseite
des Haushalts in Übereinstimmung mit
den Grundsätzen der Haushaltsspezifität
und -neutralität geschaffen wird.***

Begründung

Der Haushaltsausschuss sollte es nicht hinnehmen, dass das Parlament keinen Einfluss auf die Finanzverwaltung und die Verwendung der Mittel des Forschungsfonds für Kohle und Stahl hat. Der Grundsatz, Einnahmen für bestimmte Zwecke vorzusehen, reicht nicht aus, um die Haushaltsgrundsätze einzuhalten.

Änderungsantrag 2
Erwägung 1b (neu)

***(1b) Die Einnahmen des
Forschungsfonds für Kohle und Stahl
sollten alle Ausgaben abdecken,
einschließlich der Verwaltungskosten in
Verbindung mit der Kohle- und
Stahlforschung.***

¹ ABl. C 29 E vom 30.1.2001, S. 254

Begründung

Der Haushaltsausschuss sollte den Vorschlag der Kommission ablehnen, der vorsieht, dass veranschlagte 3,5 Millionen € jährlich an Verwaltungskosten durch den Gesamthaushalt abgedeckt werden. Es ist schwer vorstellbar, wie das Parlament diesen zusätzlichen Kosten zustimmen könnte, die aus der Rubrik 5 gedeckt würden, ohne dass das Parlament Einfluss auf die Verwaltung und die Verwendung der Mittel im Rahmen des Forschungsfonds für Kohle und Stahl hätte.

Änderungsantrag 3 Erwägung 1c (neu)

(1c) Die Kommission legt in dem Begleitdokument zum Haushaltsvorentwurf einen jährlichen Bericht über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl und über die Rolle der Sachverständigengruppe Kohle und Stahl vor, um die Übersichtlichkeit und Transparenz der entsprechenden Maßnahmen zu gewährleisten.

Begründung

Aufgrund der Begründungen zu den Änderungsanträgen 1 und 2 muss die Finanzverwaltung des Forschungsfonds für Kohle und Stahl von der Kommission verdeutlicht werden.

Änderungsantrag 4 Erwägung 2a (neu)

(2a) Verschiedene der Tätigkeiten, die gegenwärtig nicht in den post-EGKS-Vorkehrungen enthalten sind (d.h. Sozial- und Anpassungsbeihilfen, Aktionen im Bereich der regionalen Entwicklung, Umweltschutz- und Übergangsmaßnahmen in den Sektoren Kohle und Stahl) werden aus dem Gesamthaushalt finanziert.

Begründung

Das Parlament fordert seit langem, dass alle Aspekte des Kohle- und Stahlsektors (sozial,

wirtschaftlich und umweltpolitisch) berücksichtigt und in den Gesamthaushalt nach Auslaufen des EGKS-Vertrags einbezogen werden sollten.¹ Folglich sollte das Parlament dafür sorgen, dass diesen Forderungen bei den Rechtsakten, die die Vorkehrungen für die Zeit nach Auslaufen des EGKS-Vertrags betreffen, nachgekommen wird.

Änderungsantrag 5
Erwägung 2b (neu)

(2b) Der Forschungsfond für Kohle und Stahl gibt der Entwicklung sauberer Technologien und der Senkung der Schadstoffemissionen Vorrang.

Begründung

Der Forschungsfond für Kohle und Stahl sollte einen Schwerpunkt auf Umweltaspekte legen, um saubere Technologien zu entwickeln und die Emissionen zu senken.

Änderungsantrag 6
Artikel 1

1. Die im Anhang aufgeführten mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (nachstehend als "technische Leitlinien" bezeichnet) werden erlassen.

1. Die im Anhang aufgeführten mehrjährigen technischen Leitlinien für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (nachstehend als "technische Leitlinien" bezeichnet) **werden im Mitentscheidungsverfahren gemäß Artikel 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beschlossen.**

¹ Siehe Ziffer 2 der Entschließung A3-0223/94 zur Zukunft des EGKS-Vertrags: Haushaltsmäßige und finanzielle Auswirkungen (ABl. C 128 vom 9.5.1994, S. 368), Ziffern 2 und 16 der Entschließung A4-0302/96 zur Einbeziehung der EGKS in den Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. C 362 vom 2.12.1996, S. 327) und Ziffer 8 der Entschließung A5-0251/2000 zum Entwurf des EGKS-Funktionshaushaltsplans für 2001.

Begründung

Es ist schwer erkennbar, wie das Parlament dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl Entlastung geben könnte, wenn es keinen Einfluss auf seine Finanzverwaltung hat. Die einzige Möglichkeit, diese Anomalie zu korrigieren, wäre die Einbeziehung dieses Rechtsaktes in das Mitentscheidungsverfahren, wodurch das Parlament gleichberechtigt mit dem Rat über die mehrjährigen Leitlinien entscheiden könnte.